

Schulendorfer Straße 2
Abrechnung am Wahltag

Einmischung 3
Streitbares von Daniela Dahn

Bundestag braucht Alternativen

PDS und Wahlalternative sollten ihre Kräfte bündeln

Rot-Grün hat abgewirtschaftet. Ihr sozialer Kahlschlag in Gestalt der Agenda 2010, der so genannten Gesundheits- und Rentenreformen, der „Hartz“-Gesetze hat zu mehr als fünf Millionen Arbeitslosen, zu noch größerer Armut in Deutschland geführt. Diese Politik wurde von CDU und FDP mitgetragen. Im Sommer und Herbst 2004 haben Zehntausende montags gegen Hartz IV demonstriert. Nun haben die Wähler, nicht nur in NRW, unmißverständlich reagiert.

Im Herbst wird neu gewählt. Einen Politikwechsel werden weder SPD noch Grüne, weder CDU noch FDP zu Wege bringen, weil sie ihn nicht wollen. Eins ist klar: Auch von Schwarz-Gelb ist nichts Gutes für den „kleinen Mann“ zu erwarten.

Das Land braucht linke, fortschrittliche Alternativen. Die Große Koalition der neoliberalen Modernisierer darf im nächsten Bundestag

nicht allein gelassen werden. Alternativen sind möglich. Sie dürfen nicht leichtfertig verspielt werden.

Vieles hängt davon ab, ob es und wie es PDS und Wahlalternative (WASG) gelingt ihre Kräfte zu bündeln, gegen Neoliberalismus, für eine aktive Friedenspolitik.

Die Parteivorstände von PDS und WASG sind aufgefordert, frei von politischen Eitelkeiten und Egoismen alles Notwendige in die Wege zu leiten, gemeinsam in den Wahlkampf zu ziehen und Voraussetzungen für eine starke linke Opposition im Parlament zu schaffen.

Ein Wahlkampf gegeneinander wäre fatal. Niemand würde ein Ergebnis von 2 mal 4,9 Prozent verstehen. Ein solches Debakel könnte man nicht schön reden.

Die PDS Reinickendorf ist dafür, die Chance zu nutzen, mutig zu sein und neue Wege zu gehen!



Alle meckern se an ihm rum, dem Schröder, det Wahlvolk und det große Jeld ooch. Nu hat er det satt: Neuwahlen, und wenn er schon unbedingt weiter reijern muss, denn soll wenichtens det Wahlvolk in Zukunft det Maul halten. Oder se wern schon sehn, wat se davon ham.

Det hamse schon bei die Wahlen in NRW vorjeführt. Sie erinnern sich nich an det Bild aus Dortmund? Denn azähl ick's Ihnen rasch. Det war allet uff een Spruchband. „Mehr Armut wagen“, fast von Willi Brandt, also SPD. „Sozialabbau: das können

wir besser“, klaro, die CDU. Die Jrünen: „Wir machen die Armut nachhaltig“, wat sonst, und die Jelben: „Armut privatisieren!“. Wir wollen sein ein einig Volk von Armen. Aba nich alle.

Armutszeugnis

Natürlich hätte für die CDU ruhich dastehn können: „Die Reichen müssen reicher werden“. Weil nur so Jobs kommen. Aba det hat Schröder ooch jejobt und sich dann jewundert. Richtich orijinell wird wohl bloß die FDP werden können, dank Müntefering: „Mehr Heu-

schrecken, weniger Gewerkschaften“.

Apropoh Armut: Nach EU-Definition leben inne BRD fast 14 Prozent der Bevölkerung in Einkommensarmut, 35 Prozent mit Niedrigeinkommen. Wir sind nich mal mehr ne Zweidrittel-Gesellschaft, wir haben schon halbe-halbe jeschafft. Und det in dem Land, wo die Exportweltmeister blühh.

Ejal, ick wünsch Ihnen jedenfalls nen schönen Sommerurlaub, uff Majorka oder inne soziale Hängematte, wie se könn'n.

Reineke

Abrechnung am Wahltag?

Schulzendorfer Straße: Anlieger weiter aktiv

Die ersten (?) Bäume sind gefällt. Man bemerkt es erst beim zweiten Blick. Das gehört zur Wahrheit. Aber auch die Tatsache, dass die Anlieger der Schulzendorfer Straße Anteil nehmen, denn Kreuze „schmücken“ die Baumstümpfe. Zeichen nur, aber aussagekräftig, auch für Außenstehende. Konkret wird es auf den noch immer zahlreichen Transparenten: „...CDU und SPD...Dieser Kahlschlag wartet auf Euch bei den nächsten Wahlen!“. Deutliche Worte.

Von Resignation ist wenig zu spüren, eher Wut auf die Verantwortlichen, auf die Art und Weise, wie mit Bürgerinnen und Bürgern umgesprungen wurde und weiterhin wird. Noch ist nicht klar, wie es mit der Bürgerinitiative weitergeht – aber es wird weiter gehen, das scheint klar.

Noch sind längst nicht alle Fragen beantwortet, neue stehen schon auf der Tagesordnung: Wieso gibt es nun eine Änderung der Planung? Werden nicht mehr Bäume durch den Ausbau in Mitleidenschaft gezogen? Wer hat wann und warum den Ausbau der Straße beantragt und betrieben? Ist in anderen Straßen ein Ausbau geplant?



Warum fallen Ruppiner Chaussee und Hennigsdorfer Straße aus der Investitionsplanung? Was passiert mit dem Differenzbetrag, der eingespart werden soll? Gibt es eine allgemeine Verkehrsplanung für Heiligensee? Wenn nicht, sollte sie gefordert werden?

Nachgedacht wird auch über Möglichkeiten, kulturelle Angebote für die Heiligenseer zu erarbeiten.

Zwischenfazit: Bürger mischen sich ein, das ist gut. Sie machen Erfahrungen – leider nicht nur gute. Aber sie spüren jetzt *ihren* Bezirk, *ihren* Kiez. Das ist notwendig.

Jürgen Schimrock

Bestätigung für Initiative Poloplatz

„Poloplatz für Alle!“ fühlt sich durch das Urteil des Kammergerichts vom 4.4.2005 (AZ: 26 u 160/04) bestätigt: „Stadtrat Dr. Wegner machte dem Pächter des Poloplatzes 2002 Zusagen zur privaten Teilsperrung dieses öffentlichen Parks. Der Pächter setzte sie umgehend um. Zumindest die rechtliche Umsetzung konnten wir gemeinsam mit der BVV verhindern.“ In einer Presseerklärung fordert die BI den Stadtrat auf, die mehrfachen Beschlüsse der BVV nun zu realisieren.

Die Antwort war - wie ich finde - beschämend für das Bezirksamt: Eine Ehrung sei nicht erfolgt, sie hätte nicht in das Programm integriert werden können. Die Ermittlung der im Bezirk lebenden Widerstandskämpfer und Verfolgten sei auch schwierig; aber die Idee sei generell zu befürworten. **K.G.**

gung des Grundstückes durch das Bezirksamt an den Immobilienfonds des Landes äußerst problematisch. Durch die jetzt seitens des Liegenschaftsfonds geplante Veräußerung ist der Erhalt dieses wichtigen Denkmals der Berliner Kulturgeschichte des 20. Jahrhunderts gefährdet.

Ich fordere das Bezirksamt Reinickendorf auf, sich gegenüber dem Liegenschaftsfonds für eine Rückübertragung des Grundstückes an den Bezirk einzusetzen und Sorge für den Erhalt der denkmalgeschützten Anlage zu treffen. Die momentane Vogel-Strauß-Politik des Bezirkes ist nicht hinnehmbar.“

39. Sitzung, 11. Mai 2005

Eine Große Anfrage der Einzelverordneten Renate Herranen beantwortend, wertete das Bezirksamt (BA) die Würdigung des 60. Jahrestages der Befreiung im Bezirk (gemäß BVV-Beschluss vom 9.3.2005) als „sehr positiv“.

Die BVV - Mehrheit von CDU und FDP lehnte den SPD-Antrag ab, zum Christopher-Street-Day am 25.6. am Rathaus die Regenbogenfahne (Drs. 1127/XVII) als Zeichen der Toleranz gegenüber Homosexuellen zu hissen.

Poloplatz: Vertreter der Bürgerinitiative hatten in der Bürgersprechstunde als Konsequenz aus dem Kammergerichtsurteil vom 4. April 2005 Handlungen angemahnt. Die BVV ersuchte das BA, sobald das Urteil rechtskräftig ist, von dem Pächter auf der Grundlage des Lesser-Gutachtens umgehend die Entfernung der rechtswidrig errichteten Wegesperren zu fordern (Drs. 1153/XVII).

Schulzendorfer Straße: CDU und SPD lehnten den Stopp der Baumaßnahmen und eine mit den Anwohnern abgestimmte Planung zur Instandsetzung der Straße ab (Drs. 1136/XVII). Baustadtrat Dr. Wegner (CDU) rechtfertigte die Baumfällungen auch in der Brut- und Nistzeit der Vögel (entgegen § 29 Abs. 1 Ziffer 5 des Berliner Naturschutzgesetzes).

Kita-Eigenbetrieb: Jugendstadtrat Senftleben (SPD) und Anke Petters (B90) kritisierten die Weigerung der CDU, sich endlich auf die Einrichtung eines Kita-Eigenbetriebes einzustellen und die Reinickendorfer Qualitätsstandards zu erhalten. Im Jugendhilfeausschuss wird weiter diskutiert (Drs. 1154/XVII).

Forensisch-therapeutische Ambulanz: „Angeregt“ durch die Bürgerinitiative, versuchte die CDU, mit der Forderung nach Akteneinsicht in die Senatsunterlagen die Aufnahme des aktiven Therapiebetriebes in der JVA Tegel weiter zu hintertreiben (Drs. 1155/XVII).

Hannah-Höch-Haus: Offenbar durch akute Verkaufsabsichten des Liegenschaftsfonds aufgeschreckt, prüfen BA und BVV im Haushaltsausschuss und Kulturausschuss, ob und wie das Wohnhaus der Künstlerin in Bezirkseigentum rückübertragen werden kann (Drs. 1151/XVII). **K.G.**

Thema abgehakt?

Die Bezirksverordnete Renate Herranen fragte in der Mai-BVV nach: *Welche Bemühungen hat das Bezirksamt unternommen, um im Rahmen des 60. Jahrestages Reinickendorfer Widerstandskämpfer und Verfolgte des Faschismus zu ehren?*

WiR dokumentiert

Wolfgang Brauer: Verkauf des Hannah-Höch-Hauses stoppen

„Hannah Höch bewohnte das An der Wildbahn 33 in Heiligensee gelegene Haus von 1939 bis 1978 und vermachte es seinerzeit der Stadt Berlin. Auf der Denkmalliste des Landes Berlin befinden sich sowohl das Wohnhaus als zu schützendes Baudenkmal als auch der von ihr künstlerisch gestaltete Garten als Gartendenkmal. Bislang konnte beides erhalten bleiben. Insofern war schon die vor fünf Jahren erfolgte Übertra-

Wolfgang Brauer ist kulturpolitischer Sprecher der PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus

Einmischung in die eigenen Angelegenheiten

Gespräch mit einem Buch von
Daniela Dahn

Donnerstag, 16. Juni,
19 Uhr im Roten Laden:
Buchlesung mit
Daniela Dahn



In der DDR war sie Gründungsmitglied des Demokratischen Aufbruchs, einer Bürgerrechtsbewegung, die in der Wendezeit eine wesentliche Rolle spielte. In ihrem jüngsten Buch, fünfzehn Jahre später, schreibt sie vom demokratischen Abbruch.*)

Sie ist nicht die einzige, die an diesem Thema herumbeißt. Der Politikwissenschaftler Joachim Hirsch von der Goethe-Universität Frankfurt/Main fragte unlängst, wie weit wir die gegenwärtige politische Ordnung noch als liberale Demokratie konturieren können. Der Schriftsteller Günter Grass meint, die Demokratie habe sich dem Diktat des global flüchtigen Kapitals unterworfen.

Verwunderlich sei es darum nicht, wenn mehr und mehr Bürger sich empört, angewidert und schließlich resigniert abwenden und auf ihr Wahlrecht verzichten, das sich ihnen nicht als Recht der Wahl darstellt.

Allerdings: Wer Abbruch feststellt, muss auf neuen Aufbruch sinnen. Wir hoffen auf eine interessante Diskussion - nicht nur mit dem Buch, sondern mit der Autorin persönlich im Roten Laden.

In dem titelgebenden Beitrag Ihres neuen Buches beschäftigt Sie die Erklärung des verstorbenen Günter Gaus, er sei kein Demokrat mehr - was er ohne jeden Zweifel in einem sehr hohen Grade war.

Warum hat er nicht einfach gesagt, er sei Demokrat, aber wir hätten keine Demokratie mehr? Sie hatten mit ihm darüber gesprochen.

Nach meinem Verständnis hatte Günter Gaus den genügsamen Aberglauben satt, die Demokratie allein könne gegen den Terror der Ökonomie noch ein schlichter Ausgleich sein. Auch wenn er Begriffe wie *System* oder *Kapitalismus* nur sparsam verwandte, hatte er in «seiner» Zeitung, dem *Freitag*, doch wiederholt auf die neu zu stellende Eigentumsfrage verwiesen. Gleichzeitig sah er, dass dem Wähler hierzu keine Antwort abverlangt wird.

Das rüttelt erheblich an der Vorstellung, wir lebten zwar nicht in der besten, aber immerhin in der bestverfassten aller Welten.

Vor uns liegen Trümmer und Tabus. Das am besten gehütete lautet: Wenn die Demokratie nicht die Wirtschaft erfasst, ist sie keine.

Das am zweitbesten gehütete Tabu ist deshalb die historisch einmalige Reichtumsexplosion der vergangenen fünfzehn Jahre, also seit Untergang des Sozialismus. In Deutschland wächst der Reichtum seit Jahren deutlich schneller als die Wirtschaft. Noch schneller wachsen nur die Arbeitslosigkeit und die Staatsverschuldung.

Ist nicht ohnehin die Demokratie im Zeitalter des sich globalisierenden Kapitalismus eine Utopie?

Einst dem Demokratischen Aufbruch verschrieben, erfüllt mich der formal demokratische Abbruch des Gemeinwesens mit Trauer und Sorge. Dennoch bin ich bekennende Demokratin - und da dies offenbar nicht mehr genügt - in Gottes Namen auch Radikaldemokratin. Wenn die Demokratie uns zerrinnt, haben wir buchstäblich nichts mehr.

Das Defizit liegt nicht im Konzeptionellen, sondern in der demokratischen Durchsetzbarkeit dessen, was als vernünftig erkannt ist.

Spätestens seit Rousseau ist zumindest die Richtung klar: «Die Menschenrechte müssen ergänzt werden durch einschränkende Bestimmungen über das Eigentum; sonst sind sie nur für die Reichen da, für die Schieber und Börsenwucherer».

Die Forderung ist schon sehr alt, scheint aber immer dringlicher zu werden.

Doch im Zeitalter des kommerzialisierten Medienkretinismus wird es immer schwerer, Mehrheiten über kapitale Lobbyinteressen aufzuklären und sie von der Notwendigkeit zu überzeugen, sich dagegen zur Wehr zu setzen.

Mit der Absicht, den Kapitalismus menschenfreundlicher zu machen? Das ist zeitweilig nur geglückt, als Systembruch drohte.

Es gibt keine systeminterne Lösung mehr. Die Demokratie braucht eine andere Wirtschaftsordnung. Genauer gesagt, die Menschen brauchen sie. Selbst die Eigentümer und Manager. Denn nur Fundamentalisten, stets auf der Suche nach dem dämonisch Bösen, übersehen, dass auch diese politischen Gegner hochbezahlte Gefangene der von ihnen selbst geschaffenen strukturellen Zwänge sind.

Sie äußern den Gedanken, dass eigentlich Volkshochschulen, Gewerkschaften und Bewegungen Kurse zur Demokratisierung der Wirtschaft anbieten müssten...

Aber auch die Umsetzung von Erkenntnis in Opposition und soziale Bewegung, die die Herrschenden zum Einlenken zwingt, ist nicht delegierbar; sie fällt in die Zuständigkeit jedes einzelnen unzufriedenen Bürgers. Demokratie bedeutet Einmischung in die eigenen Angelegenheiten. Sie ist institutionalisierte Interessenvertretung; wer sich nicht organisiert, dessen Interessen werden auch nicht vertreten. Am Abbruch der Demokratie sind wir selber schuld.

Demokratie als Einheit von Volkssouveränität, Grundwerte verteidigendem Rechtsstaat und Gemeinwohl verpflichteter Wirtschaftsordnung ist alternativlos. Demokratie oder Barbarei: Die Zeit läuft.

*) Daniela Dahn, Demokratischer Abbruch, Rowohlt Taschenbuch Verlag, 2005

Auf dieser Seite verwendete Zitate: Seite 30, 31, 32/33, 33, 36

Wer nie versucht hat, sich einzumischen, soll nicht behaupten, es ginge nicht. Sich schreibend einzumischen heißt stören.(...) Schriftsteller sind nicht dazu da, Harmoniebedürfnisse zu erfüllen. Sie müssen auch keine Hoffnungen machen und Lösungen anbieten. Dafür haben wir ja Politiker. Schriftsteller sollten auf ihre Art das Problem-bewusstsein schärfen und die Sensibilität für einander wachhalten.

Der Wert des Ganzen, Rede zum Tag der Deutschen Einheit im Barocksaal Ingolstadt, 2003, ebenda, Seite 98

Weitere Quellen: Joachim Hirsch, Das Ende der liberalen Demokratie, www.links-netz.de

Günter Grass, Freiheit nach Börsenmaß, www.zeit.de/2005/19/01_grass_teil_1).

Es gab mal eine Coppistraße in Reinickendorf...

Der Bund der Antifaschisten hatte dem Bezirksamt einen Vorschlag gemacht. Die Bezirksverordnete Renate Herranen hatte deswegen nachgefragt. Der Vorschlag wurde abgelehnt. Sein Inhalt: Es möge eine Straße oder ein Platz nach Hans und Hilde Coppi benannt werden. Die Ablehnung, ausgesprochen und begründet vom Stellvertretenden Bürgermeister Senftleben (SPD): Das Berliner Straßengesetz erlaubt einen Straßennamen nur einmal in der Stadt. Eine Coppistraße gibt es bereits im Bezirk Lichtenberg.

Mein Vorschlag: Nehmen Sie ein Berliner Straßenverzeichnis zur Hand und zählen Sie die Bismarck-, Hohenzollern-, Auguste-Viktoria-, Kaiser- und Königstraßen, -plätze, -alleen, -brücken. Machen Sie sich den Spaß!

Und fragen Sie: Wer waren denn die Coppis? Hat das eine Rolle gespielt? Hans Coppi ist im Berliner Norden aufgewachsen und wohnte seit 1933 in der Kolonie „Am Waldessaum“. Seine Frau Ilse und er gehörten zu der Widerstandsgruppe um Schulze-Boysen/Harnack (Rote Kapelle). Sie bekämpften die Nazis und das Verbrechen des deutschen Krieges. Mein Angebot: Lesen Sie aus den letzten Briefen von Hans und Hilde Coppi, machen Sie sich ein Bild! Lesen Sie auch, wie der Gefängnisgeistliche Harald Poelchau sich erinnert:

„So gingen zwei Tage vor dem Heiligen Abend 1942 die ersten elf Verurteilten der Roten Kapelle in den Tod. Es war ein kalter, trüber Tag mit Ostwind, und es wurde an diesem Nachmittag früh dunkel... Einer nach

dem anderen wurde hinausgeführt in den Abend... Der diensttuende Beamte, den klirrenden Schlüsselbund in der Hand, schritt schweigend den langen Korridor entlang, schloß die Türen der nun leeren Zellen ab und löschte die Lichter aus, eins nach dem andern. Es wurde ganz dunkel.“

Hans Coppi an seine Frau: „Liebe Hilde, ein Trost bei allem ist mir immer wieder, wie Du das alles trügst... Und Deine Pakete behältst Du von jetzt ab für Dich, Du hast es nötiger als ich.“ Das war am 1. Oktober 1942. Wenige Wochen danach wurde er ermordet.

Hilde Coppi brachte am 27. November 1942 im Frauengefängnis einen Sohn zur Welt. Am 5. August 1943 wurde sie in Plötzensee gehängt. Aus ihrem Brief vom gleichen Tag an ihre Mutter: „Nun ist es bald soweit, daß wir Abschied nehmen müssen, für immer. Das Schwerkste, die Trennung von meinem kleinen Hans, habe ich hinter mir. Wie glücklich hat er mich gemacht! Ich weiß ihn gut aufgehoben in Deinen treuen lieben Mutterhänden, und um seinetwillen, Mutti, versprich es mir, bleibe tapfer. Ich weiß, daß Dir das Herz brechen möchte, aber nimm es fest, ganz fest in Deine beiden Hände, Du wirst es schaffen, wie Du es immer geschafft hast, mit dem Schwersten fertig zu werden, nicht wahr, Mutti?“

Hilde und Hans Coppi waren Kommunisten. Es gab einmal, nach 1945, in Reinickendorf eine Coppistraße, erinnern sich Alteingesessene. Die fiel vermutlich dem kalten Krieg zum Opfer...

Werner Wüste

Am Rande Regen(ver)bogen

„Unser Reinickendorf ist ein bürgerlicher Bezirk.“ So klingt es regelmäßig aus der CDU, wenn bezirkliche Probleme tangiert sind und Reinickendorfer Bürger (nicht genehme) Anliegen vorbringen. Insbesondere wenn sie (scheinbar) nicht in den Bezirk gehören oder (vermeintliche) Minderheiten betreffen.

Die Definitionshoheit, was „nicht gut“ für den Bezirk ist, maßt sich die „Reinickendorf-Partei“ nunmehr seit Jahrzehnten an.

Das jüngste Beispiel gibt die Ablehnung eines SPD-Antrages, anlässlich des Christopher Street Days eine Regenbogenfahne „als ein Zeichen der Toleranz gegenüber Homosexuellen zu hissen“. Er wurde abgelehnt in der BVV - durch CDU (und FDP!), begründet u. a. mit dem Argument, Reinickendorf sei nun mal „ein bürgerlicher Bezirk“.

Es gibt wohl keine Homosexuellen in „bürgerlichen“ Bezirken, denen man tolerant gegenüber tritt?

Wir erinnern uns: Das Bezirksamt hat auch die Finanzierung der sozialen Beratungsstelle für Wohnungslose im Bezirk eingestellt – diese Bürger gibt es seit dem dann wohl auch nicht mehr (im Bezirk)?

Die Bürgerrechte, die „freie und voll berechnigte Stadtbewohner“ schon im Mittelalter besaßen, sind seit der Französischen Revolution mit den Staatsbürgerrechten gleichgesetzt, und sie gelten natürlich auch für Homosexuelle und auch in Reinickendorf.

Für die CDU wohl ein unauflöslicher Widerspruch. Eine Regenbogenfahne für einen Tag am Rathaus - das wäre zu viel der Toleranz. Weil nicht sein kann, was nicht sein darf.

Horst Jusch

Merci!

Der Bezirksvorstand der PDS Reinickendorf bedankt sich bei den französischen Bürgerinnen und Bürgern, die sich mehrheitlich mit einem „Non“ gegen eine Ratifizierung des EU-Verfassungsvertrages ausgesprochen haben. Dies ist immer auch unsere Position gewesen.

Wir freuen uns, dass sich Mecklenburg-Vorpommern im Bundesrat der Stimme enthalten hat. Diese Möglichkeit hätte es bei Anwendung des Koalitionsvertrages zwischen SPD und PDS für Berlin auch gegeben.

Impressum

Herausgegeben vom Bezirksvorstand der PDS Reinickendorf, V.i.S.d.P.: Klaus Rathmann.

Wir in Reinickendorf

wird vom Bezirksverband finanziert.

Spenden

sind ausdrücklich erwünscht: PDS Reinickendorf, Berliner Bank, BLZ: 100 200 00, Kontonummer: 4384 816812.

Hier finden Sie uns:



Roter Laden

Schloßstraße 22
13507 Berlin-Tegel.

Öffnungszeiten:
Mo - Fr 15.00 bis 18.00 Uhr

Tel.: 4373 2630
Fax: 4373 2632

e-mail:
info@pds-reinickendorf.de

internet:
www.pds-reinickendorf.de